



Stadt Hörstel, Postfach 20 63, 48469 Hörstel

- An alle Bewerber -
über Vergabepattform

Finanzen

Ihr Ansprechpartner:
Anne Schmitz

Raum **7**
Telefon **05454 911-225**
Telefax **05454 911-102**
ausschreibungen@hoerstel.de

Ihr Zeichen:

Mein Zeichen:
FD I/2 Sz

20.05.2026

Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrags

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Bewerber,

unter Bezugnahme auf unsere im Supplement zum Amtsblatt der europäischen Gemeinschaften veröffentlichte Bekanntmachung des Verfahrens zu unserem Projekt „Ersatzneubau St.-Antonius-Grundschule Hörstel-Bevergern“ dürfen wir uns für Ihr Interesse bedanken und würden uns freuen, wenn Sie für eine weitere Beteiligung am Verfahren fristgerecht Ihren Teilnahmeantrag einreichen.

Die weiteren Verfahrensdaten entnehmen Sie bitte den nachfolgenden Angaben.

Maßgeblich für die Beteiligung ist zunächst in der ersten Stufe die Einreichung des Bewerberbogens nebst den geforderten Eignungsnachweisen / Belegen.

Wir dürfen Sie auffordern, für die Abgabe Ihres Teilnahmeantrags den in der Anlage als gesonderte Datei beigefügten Teilnahmeantragsbogen zu verwenden und diesem jeweils die geforderten Nachweise vollständig beizufügen und dafür Sorge zu tragen, dass der Teilnahmeantragsbogen vollständig ausgefüllt und mit allen geforderten Nachweisen versehen fristgerecht über die Vergabepattform eingereicht wird. Verspätet eingehende Teilnahmeanträge können nicht gewertet werden und sind auszuschließen.

Die weiteren Verfahrensunterlagen, wie die Leistungsbeschreibung (FLB), einschließlich der jeweils in der FLB benannten und in Bezug genommenen Anlagen sowie der Entwurf des Vertrags etc. sind im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs zunächst nur zu Ihrer Information beigefügt.

Nach Ablauf der Teilnahmeantragsfrist werden die eingereichten Teilnahmeanträge ausgewertet und die geeignetsten, in der Phase 2 zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber ermittelt. Diese werden sodann gesondert unter

Dienstgebäude:

Kalixtusstraße 6
48477 Hörstel

Telefon 05454/911-0
info@hoerstel.de
www.hoerstel.de

Für elektronische und PDF-Rechnungen:
rechnung@hoerstel.de

Kreissparkasse Steinfurt
IBAN: DE19 4035 1060 0060 0009 99
BIC: WELADED1STF

Volksbank im Münsterland eG
IBAN: DE30 4036 1906 0800 3310 00
BIC: GENODEM1IBB

Übersendung einer Aufforderung zur Angebotsabgabe und dem dann maßgeblichen Stand der Vergabeunterlagen (FLB mit Anlagen, Vertrag, etc.) zur Angebotsabgabe mit erneuter Fristsetzung aufgefördert.

Die auf der Vergabepattform verfügbaren Dokumente dienen insoweit lediglich zu Ihrer Vorabinformation. Während des Teilnahmeantrages sind einzelne Detailänderungen noch möglich, sodass erst die zur Aufforderung zur Angebotsabgabe gesondert übersandten Dokumente für die Kalkulation und Angebotserstellung maßgeblich sind.

Zum Verfahren und Projekt bitten wir Sie die nachfolgenden Hinweise und Angaben zu berücksichtigen:

1. Auftraggeber

Stadt Hörstel – Der Bürgermeister
Kalixtusstraße 6
48477 Hörstel

2. Auftragsgegenstand

Die Stadt Hörstel beabsichtigt die Errichtung einer neuen zweizügigen Grundschule in dauerhaft ausgelegter Holz- oder Holzhybrid-Modulbauweise auf dem bisherigen Gelände der bestehenden Schule in Hörstel-Bevergern.

Das neue Gebäude soll als Clusterschule den vollständigen Schulbetrieb inklusive Ganztagsbereich, Mensa, Verwaltung und Aula aufnehmen. Das Bestandsgebäude bleibt während der Bauzeit in unmittelbarer Nähe weiterhin in Betrieb.

Der Auftrag umfasst die Planung, Fertigung, Transport, Ausbau, technische Gebäudeausrüstung, Außenanlage (teilw. soweit zum Betreten des Gebäudes erforderlich), Inbetriebnahme und Dokumentation.

Das Gebäude soll als max. dreigeschossiger, barrierefreier Baukörper mit nachhaltiger Energieversorgung (Wärmepumpe, Photovoltaikanlage) und Gebäudeautomation, die auf die vorhandene Gebäudeleittechnik der Auftraggeberin aufgeschaltet werden muss, als energetisches Standard Effizienzgebäude 40 (EG40) schlüsselfertig errichtet werden.

3. Verfahren

Der Auftrag wird in einem zweistufigen **Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb** gemäß § 3 EU Nr. 3 VOB/A i. V. m. § 3b EU Abs. 3 VOB/A vergeben.

Aufgrund der vorgesehenen Modulbauweise ist nur eine funktionale Beschreibung der Leistung möglich, es sind Abstimmungen mit den Bietern über die genaue Umsetzung im Rahmen der nach Angebotsabgabe erfolgenden Verhandlungen erforderlich.

In der **ersten Stufe** des Verfahrens wird die **Eignung** der Bewerber anhand der vorzulegenden Eignungsnachweise geprüft.

Von den geeigneten Bewerbern werden mindestens 5, höchstens 7 in der **zweiten Stufe** des Verfahrens aufgefordert, ein **Angebot** einzureichen.

Die Leistungsbeschreibung (FLB) mit Anlagen etc. dient in der ersten Stufe des Verfahrens nur zur Information der Bewerber über den geforderten Leistungsumfang und ist nicht mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

4. Kommunikation

Die Kommunikation erfolgt ausschließlich elektronisch über die Vergabepattform.

5. Teilnahmeantrag

Zum Nachweis der Eignung sind in der ersten Stufe des Verfahrens folgende Eignungsnachweise einzureichen:

- Eigenerklärung / **Referenzliste** über die Ausführung von Leistungen in den letzten bis zu fünf abgeschlossenen Kalenderjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar (Holz-/Holzhybrid-Modulbau) sind, wobei für die wichtigsten Bauleistungen Bescheinigungen über die ordnungsgemäße Ausführung und das Ergebnis beizufügen sind (Gewichtung: 50 %).
- Eigenerklärung zum **Umsatz** des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen (Gewichtung: 30 %).
- Eigenerklärung zur Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten **Arbeitskräfte**, gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischem Leitungspersonal.
- Nachweis der Eintragung in das **Berufs- oder Handelsregister** oder die Handwerksrolle des Sitzes oder Wohnsitzes (Ausstellungs-/Abrufdatum nicht älter als 3 Monate bezogen auf das Datum des Ablaufs der Teilnahmeantragsfrist).
- Eigenerklärung des Bewerbers, ob
 - a) ein **Insolvenzverfahren** oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde,
 - b) sich das Unternehmen in **Liquidation** befindet,
 - c) dass nachweislich keine **schwere Verfehlung** begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber oder Bieter in Frage stellt,
 - d) dass die Verpflichtung zur **Zahlung von Steuern und Abgaben** sowie der Beiträge zur Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde,
 - e) dass sich das Unternehmen bei der **Berufsgenossenschaft** angemeldet hat.
- Eigenerklärung Angabe zu den **technischen Fachkräften** oder der technischen Stellen, unabhängig davon, ob sie seinem Unternehmen angehören oder nicht, und zwar insbesondere derjenigen, die mit der Qualitätskontrolle beauftragt sind, und derjenigen, über die der Unternehmer für die Errichtung des Bauwerks verfügt;
- Eigenerklärung Beschreibung der **technischen Ausrüstung** und Maßnahmen des Unternehmens zur **Qualitätssicherung** und seiner Untersuchungs- und Forschungsmöglichkeiten. (Gewichtung: 5 %).
- Eigenerklärung Angabe des **Lieferkettenmanagement-** und **-überwachungssystems**, das dem Unternehmen zur Vertragserfüllung zur Verfügung steht (Gewichtung: 5 %).
- Studiennachweise und Bescheinigungen über die **berufliche Befähigung** des Dienstleisters oder Unternehmers und/oder der Führungskräfte des Unternehmens (Architekt oder Bauvorlageberechtigter Ingenieur).
- Angabe der **Umweltmanagementmaßnahmen**, die der Unternehmer während der Auftragsausführung anwenden kann (Gewichtung: 10 %).
- Eigenerklärung, aus der hervorgeht, über welche **Ausstattung**, welche Geräte und welche technische Ausrüstung das Unternehmen für die Ausführung des Auftrags verfügt.
- Angabe, welche Teile des Auftrags der Unternehmer unter Umständen als **Unteraufträge** zu vergeben beabsichtigt.

6. Nachforderung

Fehlende Nachweise oder Erklärungen werden gemäß § 16a EU VOB/A nachgefordert.

7. Auswahl der Bewerber

Sollten nach Abschluss der Auswertung der Teilnahmeanträge mehr als 5 bis max. 7 geeignete Bewerber im Verfahren verbleiben, werden die zur Angebotsabgabe aufzufordernden 5 bis max. 7 Bewerber wie folgt ausgewählt:

Die Ermittlung der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber erfolgt anhand der unter vorstehender Ziffer 5 genannten Eignungsnachweise, die mit einer jeweiligen Gewichtung versehen sind.

Im Rahmen der Ermittlung der zur Angebotsabgabe aufzufordernden bestqualifizierten Bewerber wird im Rahmen des Kriteriums „Referenzen“ der Inhalt und die Anzahl der vom Bewerber angegebenen Referenzen ausgewertet. Der Bewerber mit den meisten und vergleichbarsten Referenzen erhält die Bestpunktzahl, die der angegebenen Gewichtung entspricht. Die weiteren Bewerber werden entsprechend durch Interpolation ihrer Referenzen entsprechend ermittelt.

Im Kriterium „Jahresumsatz“ werden zunächst der Jahresumsatz und der Umsatz für vergleichbare Leistungen in Relation zueinander gesetzt und der Bewerber mit der daraus hervorgehenden höchsten Relation erhält die Höchstpunktzahl, die der angegebenen Gewichtung entspricht. Die weiteren nachfolgenden Bewerber werden entsprechend durch Interpolation ermittelt.

Die Kriterien „Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität“, „Supply-Chain-Management“ sowie „Umweltmanagementmaßnahmen“ werden jeweils wie folgt bewertet: Unterhält und betreibt ein Bewerber zu den Kriterien ein zertifiziertes oder darüberhinausgehendes System, erhält dieser jeweils die im jeweiligen Kriterium angegebene Maximalpunktzahl, die der angegebenen Gewichtung entspricht. Unterhält und betreibt der Bewerber jeweils ein System, das ohne Zertifizierung an diese angelehnt oder ähnlich ausgestaltet ist, erhält der Bewerber jeweils $\frac{3}{4}$ der im jeweiligen Kriterium angegebenen Punktzahl.

Unterhält der Bewerber in dem jeweiligen Kriterium keine entsprechenden Inhalte bzw. Systeme, erhält der Bewerber in dem jeweiligen Kriterium 0 Punkte.

Die sich aus den jeweiligen Kriterien jeweils ergebende erzielte Punktzahl wird addiert und anhand dieser das Ranking der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber entsprechend ermittelt.

8. Bewerbungsbedingungen

Das Vergabeverfahren erfolgt nach der "Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen", Teil A "Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Bauleistungen" (VOB/A, Abschnitt 2)

1. Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat es unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

2. Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit dem Unternehmen verbunden ist.

3. Teilnahmeantrag / Angebot

3.1 Der Teilnahmeantrag und das Angebot sind in deutscher Sprache abzufassen.

3.2 Für den Teilnahmeantrag und das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden. Der Teilnahmeantrag und das Angebot sind bis zu dem von der Vergabestelle angegebenen Ablauf der Teilnahmeantrags- bzw. Angebotsfrist einzureichen. Ein nicht form- oder fristgerecht eingereichter Teilnahmeantrag bzw. Angebot wird ausgeschlossen.

3.3 Eine selbstgefertigte Abschrift oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses mit dem Angebot ist zulässig.

Die von der Vergabestelle vorgegebene Langfassung der Leistungsbeschreibung (FLB) ist allein verbindlich.

3.4 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Teilnahmeantrags- bzw. Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen.

3.5 Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.

3.6 Ein Bieter, der in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungspositionen geforderten Einheitspreise auf verschiedene Einheitspreise anderer Leistungspositionen verteilt, benennt nicht die von ihm geforderten Preise. Deshalb werden Angebote, bei denen der Bieter die Einheitspreise einzelner Leistungspositionen in „Mischkalkulationen“ auf andere Leistungspositionen umlegt, von der Wertung ausgeschlossen.

3.7 Alle Preise sind in Euro mit höchstens drei Nachkommastellen anzugeben.

Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben.

Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen.

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden und an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt sind. Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

4. Angebote / Nebenangebote

4.1 Nebenangebote sind nicht zugelassen.

4.2 Der Bieter hat die in der FLB enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung der Leistungsbeschreibung ist, soweit möglich, beizubehalten.

Die Angebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Bauleistung erforderlich sind.

Soweit der Bieter eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen oder in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.

4.3 Angebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).

5. Bietergemeinschaften

5.1 Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben,

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte/mit Siegel versehene Erklärung abzugeben.

5.2 Sofern nicht im offenen Verfahren ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeforderten Unternehmern gebildet haben, nicht zugelassen.

6. Kapazitäten anderer Unternehmen (Unteraufträge, Eignungsleihe)

Beabsichtigt der Bieter, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen oder sich bei der Erfüllung eines Auftrages im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen zu bedienen, so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten in seinem Angebot benennen. Der Bieter hat auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zu einem von ihr bestimmten Zeitpunkt nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind. Er hat den Namen, den gesetzlichen Vertreter sowie die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen vorzulegen. Nimmt der Bieter in Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der „Verpflichtungserklärung“ abzugeben.

Der Bieter hat andere Unternehmen, bei denen Ausschlussgründe vorliegen oder die das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen.

7. Eignung

7.1 Präqualifizierte Unternehmen

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) und ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Bei Einsatz von anderen Unternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Angebot

- entweder die ausgefüllte „Eigenerklärung zur Eignung“, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise

- oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) vorzulegen.

Bei Einsatz von anderen Unternehmen gemäß Nummer 7 sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Sind die anderen Unternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der benannten anderen Unternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ bzw. in der EEE genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

7.2 Nichtoffene Verfahren, Verhandlungsverfahren

Ist der Einsatz von anderen Unternehmen vorgesehen, müssen präqualifizierte Unternehmen der engeren Wahl auf gesondertes Verlangen nachweisen, dass die von ihnen vorgesehenen anderen

Unternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifizierung erfüllen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Gelangt das Angebot nicht präqualifizierter Unternehmen in die engere Wahl, sind auf gesondertes Verlangen die in der „Eigenerklärung zur Eignung“ bzw. der EEE genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen vorzulegen. Ist der Einsatz von anderen Unternehmen vorgesehen, müssen die Eigenerklärungen und Bescheinigungen auch für die benannten anderen Unternehmen vorgelegt bzw. die Nummern angegeben werden, unter denen die benannten anderen Unternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Die Verpflichtung zur Vorlage von Eigenerklärungen und Bescheinigungen entfällt, soweit die Eignung (Bieter und benannte andere Unternehmen) bereits im Teilnahmewettbewerb nachgewiesen ist.

9. Weitere Erklärungen / Nachweise zum Teilnahmeantrag

Mit dem Teilnahmeantrag ist weiterhin die Eigenerklärung zu Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 entsprechend dem im Downloadbereich der Vergabepattform zum Teilnahmeantrag verfügbaren Formblatt einzureichen.

10. Frist zur Einreichung des Teilnahmeantrags

Der Teilnahmeantrag ist in elektronischer Form über das Vergabeprotal bis zum

22.06.26, 10:00 Uhr,

einzureichen.

11. Sonstiges

Keine / entfällt

Mit freundlichen Grüßen

Stadt Hörstel